

Konstituierende Nationalversammlung. — 46. Sitzung am 13. Dezember 1919.

216/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Rudolf Gruber und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Heerwesen, betreffend die Rückgabe der seinerzeit für die Erweiterungsbauten am Steinfelde in Anspruch genommenen Grundstücke an die ursprünglichen Besitzer.

Während des Krieges wurden für die Erweiterung der Pulverfabrik Blumau und deren Filialen von Wirtschaftsbewilligern der Gemeinden Günseldorf, Schönau und Sollenau viele Grundstücke teilweise auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes, zum Teil aber auch auf Grund freien Übereinkommens vom Arar übernommen. Der gleiche Vorgang wurde auch bei Errichtung der Benzol- und Oleumanlage in Sollenau beobachtet.

Wie sich nun herausstellt, wurden viele dieser Flächen nicht bebaut und befinden sich heute — einst fruchtbare Ackerland — durch die jahrelange Vernachlässigung in einem minderwertigen Kulturstand. An eine Verwendung dieser Flächen für Bauzwecke ist selbstverständlich nie mehr zu denken, da ja kaum die vorhandenen zahlreichen Baulichkeiten ausgenutzt werden können. Andererseits wird heute jedes Stück Ackerland für die Lebensmittelproduktion dringend benötigt und müssen daher die noch unbewohnt liegenden Grundstücke sofort wieder der Kultur zugeführt werden. Teilweise haben sich auch schon die früheren Besitzer dieser Gründe wegen der Rücknahme gemeldet und müssen diese in allererster Linie berücksichtigt werden. Dies ist um so notwendiger, als zahlreichen Besitzern, denen für den Bau der Militär-Schleppbahn am Steinfelde Grund und Boden weggenommen wurde, bis

heute noch keinerlei Entschädigung hierfür ausbezahlt wurde. Eine Anfrage an das Liquidierende Kriegsministerium in dieser Angelegenheit wurde dahingehend beantwortet, daß „auf dem Kriegsleistungsgesetze beruhende Ansprüche dermalen mangels zur Verfügung stehender Liquidierungsmittel grundsätzlich nicht befriedigt werden“.

Wenn man also den Leuten nicht einmal die ihnen zustehenden Entschädigungssummen für die langjährige Benutzung und Entwertung des Bodens zugestehen will, dann muß doch wenigstens, um der Gerechtigkeit Genüge zu leisten, Grund und Boden ohne Vergütung den früheren Besitzern zurückgegeben werden.

Die Gesetzten stellen daher an den Herrn Staatssekretär für Heerwesen die Anfrage:

„Ist der Herr Staatssekretär geneigt, sofort zu veranlassen, daß die seinerzeit für die Erweiterungsbauten am Steinfelde in Anspruch genommenen Grundstücke sofort an die ursprünglichen Besitzer wieder zurückgegeben werden und in jenen Fällen, wo auf die Rückgabe nicht mehr reagiert wird, solche Grundstücke im Wege der Sachdemobilisierung nur berufsmäßigen Landwirten übergeben werden?“

Leop. Höchl.
Pischitz.
Dr. Waber.

Dr. Hildegard Burian.
Eisenhut.
Buchinger.

P. Unterkircher.
Wiesmaier.
Dr. J. Wagner.

Rudolf Gruber.
Josef Kollmann.
Mathias Dirsch.